

# Das Militär der Gesellschaft. Zum Verhältnis von Militär und Politik im Deutschen Kaiserreich

Peter Hoeres

## I.

Die Militärgeschichte ist im Aufbruch, sie entfernt sich von einer reinen Operationsgeschichte und kontextualisiert sich. Politik, Gesellschaft, Ökonomie, Geschlecht, Ideen, scheinbar sachfremde Bereiche werden in die neue Militärgeschichte einbezogen, so dass sie bisweilen gar als Totalgeschichte konzipiert wird.<sup>1</sup> Für diese Erweiterung ist ein neues Theoriendesign erforderlich, und verschiedene Ansätze sind in der Diskussion.<sup>2</sup> Was kann die Systemtheorie von Niklas Luhmann in diesem Zusammenhang leisten? Auf den ersten Blick wenig, denn dem Militär wird in Luhmanns umfangreichem Œuvre und dessen Diskussion nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt.<sup>3</sup> Auch in der von der Politikwissenschaft lang erwarteten – und nun auch direkt kommentierten<sup>4</sup> – postum herausgegebenen „Politik der Gesellschaft“ wird das Militär von Luhmann eher stiefmütterlich behandelt. In zwei unterschiedlichen Kontexten ist es dort von Bedeutung. Zum einen im Prozess der politischen Evolution: Die Ausdifferenzierung des Politiksystems ging einher mit dem Prozess der Staatenbildung. Luhmann

führt in diesem Zusammenhang die traditionelle, gerne auch von Politikwissenschaftlern gebrauchte Unterscheidung Georg Jellineks von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt an, wobei er letztere genauer exploriert. Die Zentralisierung der Gewalt ist die entscheidende Etappe im Prozess der Staatsbildung: „Die Entwaffnung der Adels Haushalte bzw. eine neu entwickelte Waffentechnologie waren deshalb die wichtigste Vorbedingung für die Ausdifferenzierung eines politischen Systems in der geschichtlichen Form des Territorialstaates.“<sup>5</sup> Entscheidend ist dabei, dass die Monopolisierung der Gewalt durch Legitimitätsvorstellungen abgesichert wird. Um nun zum anderen die Funktion des Militärs für das ausdifferenzierte Politiksystem zu begreifen, muss ein kurzer Blick auf den Funktionsmodus des Politiksystems geworfen werden.

Die Politik nimmt in der Systemtheorie der modernen Gesellschaft nicht mehr die Stelle des allumfassenden Ganzen oder der hierarchischen Spitze ein, sondern stellt ein funktional differenziertes, selbstreferentielles Teilsystem dar. Es erbringt für die anderen sozialen Systeme die Leistung kollektiv bindender Entscheidungen und wird durch den basalen Code machtüberlegen/machtunterlegen strukturiert, der durch den Code Regierung/Opposition überformt wird. In letzterem erkennt man noch Luhmanns ursprüngliche Konzeption des Politikcodes konservativ/progressiv, der auch im Programm der Politik, den politischen Ideologien bis hin zu den Parteiprogrammen, zum Tragen kommt und als Zweit- bzw. Nebencodierung Verwendung findet; ebenso wie die Codierung expansives/restruktives Staatsverständnis. Das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium der Politik ist die Macht. Die Macht ist nicht, wie landläufig gern gesagt wird, ein notwendiges Übel für die Politik, sie ist deren Quintessenz. Besser spricht man von einem Unterscheidungsmerkmal, denn es geht nicht um eine essentialistische Definition der Politik, sondern um die Beschreibung der Differenzierung von Politik. Allerdings ist es nicht Macht generell, die dem Politiksystem als Medium dient, Machtverhältnisse, Machtausübung und Auswirkungen von Macht sind auch in jedem anderen Funktionssystem zu beobachten. Luhmann spezifiziert daher die politische Macht: „Erst wenn wir zur Einflußform übergehen, die sich auf negative Sanktionen stützt, kommen wir zum spezifisch politischen (oder besser: politisierbaren, politikbedürftigen) Medium Macht.“<sup>6</sup> In diesem Zusammenhang erhält nun das Militär seine Bedeutung. Denn im Sinne Max Webers basiert die politische Machtausübung für Luhmann letztlich auf der Anwendung physischer Gewalt, genauer: auf der Androhung legitimer physischer Gewalt: „Physische Gewalt ist dasjenige Drohmittel, das sich am besten zur Erzeugung des symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums Macht und zugleich [...] zur Ausdifferenzierung eines spezifischen

1 Vgl. Chickering, „Militärgeschichte“. Gespannt darf man auf die Umsetzung des Postulats einer Totalgeschichte des Ersten Weltkrieges am Beispiel Freiburgs sein, an der Chickering arbeitet.

2 Vgl. neben den weiteren Aufsätzen bei Kühne und Ziemann, auch Pröve, *Klio in Uniform?*.

3 Und so finden sich weder in Detlef Krauses ausführlichem *Luhmann-Lexikon*, noch im *GLU* von Claudio Baraldi, Giancarlo Corsi und Elena Esposito Einträge zu „Militär“ oder „Krieg“. Auch in seinem Opus magnum über das Gesellschaftssystem kommt Luhmann nur peripher auf den Krieg zu sprechen: im Zusammenhang mit dem Begriff der Nation als Selbstbeschreibung der Gesellschaft. Dort heißt es: „Über den Begriff der Nation konnte man Wehrpflicht mit dem Implikat des Todes fürs Vaterland rechtfertigen, ohne dies auf der Ebene der Staatsverfassung sogleich durch das allgemeine Wahlrecht honorieren zu müssen. Kriege waren letzte Entscheidungsverfahren und noch nicht, wie heute, ökologische Katastrophen ohne Sieger und Verlierer.“ Luhmann, *Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 1053.

4 Vgl. Hellmann/Schmalz-Bruns, *Theorie der Politik*; Hellmann u.a., *System der Politik*.

5 Luhmann, *Politik der Gesellschaft*, S. 49

6 Ebd., S. 45.

Funktionssystem für Politik eignet, das später den Namen ‚Staat‘ erhalten wird. Physische Gewalt ist nämlich in besonderem Maße organisationsfähig [...]. Der Machthaber braucht die physische Gewalt nicht selbst auszuüben. Es muß nur plausibel sein, daß er sie durch andere (durch Diener, durch Polizei, durch Militär) ausüben lassen kann.“<sup>7</sup> Im Prozess der Zentralisierung von Gewalt ist dem Staat das Gewaltmonopol zugekommen. „Im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts wird der Adel entwaffnet, Gewaltausübung großen Stils wird zum Krieg. Kriege zu führen, wird zum Vorrecht des Staates, und wenn es zu Widerständen, Revolten, Unruhen anderer Art kommt, werden diese rechtlich und moralisch deklariert.“<sup>8</sup> Damit werden die anderen Systeme von der Gewalt befreit, die kollektiv bindende Entscheidung über die Gewalt trifft die Politik, mithin also auch die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Dies scheint zunächst für ein hierarchisches Verhältnis zwischen Politik und Militär zu sprechen, was der gesamten Perspektive Luhmanns aber zuwiderläuft. Denn die Politik wird in der systemtheoretischen Perspektive gerade ihrer Allzuständigkeit, ihrer Überformung der gesellschaftlichen Teilbereiche beraubt (oder davon befreit).<sup>9</sup> Und der Prozess der Ausdifferenzierung sozialer Systeme macht auch vor der Machtkommunikation nicht halt. Ein Problem politisch lösen heißt in der Moderne eben, es auf dem Wege von Verhandlungen, nicht militärisch zu lösen. Zwar kommt die Androhung militärischer Mittel nach wie vor in politischen Kommunikationen vor, und die Politik kann für den Einsatz dieser Mittel Entscheidungen bereitstellen. Diese werden dann aber autopoietisch im Militärsystem umgesetzt, eben dies wäre der systemtheoretische negative Sinn der Formel von der politischen Lösung. Diese bestünde in systemspezifischen politischen Operationen, die ihrerseits von anderen politischen Entscheidungen abhängen und sich gegenüber dem Militärsystem abschließen und umgekehrt.

Ein Vergleich mit dem Wirtschaftssystem ist hier hilfreich. Die Politik greift häufiger und vorrangiger als zu militärischen Maßnahmen zu wirtschaftlichen Sanktionen. Aber diese werden im Wirtschaftssystem unter den dort geltenden Regeln umgesetzt. Dies kann zur Folge haben, dass andere als die erwünschten Folgen eintreten, etwa dass die Wirtschaftsanktionen die Bevölkerung und nicht den Diktator des sanktionierten Staates treffen und sich die Systemloyalität der Bevölkerung durch die Sanktionen erhöht und nicht abschwächt. Ähnliche Fehlkalkulationen sind, dies soll noch gezeigt werden, im Verhältnis von Politik und Militär zu beobachten. Gegenüber dem Wirtschaftssystem, das den ständigen Interventionsversuchen der Regierungen ausgesetzt ist, scheint das Militärsystem

7 Ebd., S. 55.

8 Ebd.

9 Was das im Hinblick auf die Bewältigung der ökologischen Probleme bedeutet, zeigt Luhmann in *Ökologische Kommunikation*.

und seine Grenze, gerade in historischer Perspektive, wesentlich stabiler zu sein. Aber selbst hinsichtlich des der ständigen politischen Irritation ausgesetzten Wirtschaftssystems beharrt Luhmann gegen Kritiker wie Fritz Scharpf<sup>10</sup> auf der unzulänglichen Steuerungsfähigkeit der Politik. Zwar versucht die Politik ständig, ins Wirtschaftssystem einzugreifen und sie tut dies auch permanent. Diese Interventionen führen aber zu anderen Ergebnissen als geplant, denn das Politiksystem kann das Wirtschaftssystem zwar irritieren, die Operationen im Wirtschaftssystem vollziehen sich jedoch unabhängig im Medium des Geldes und werden von dessen Programm (Preise) inhaltlich geregelt und durch den Code Zahlen/Nicht-Zahlen limitiert.<sup>11</sup> Luhmann verdeutlicht das am Beispiel der Finanzierung öffentlicher Haushalte, über welche die Politik entscheidet. Auch hier scheint zunächst der Politik der Primat zuzustehen. Doch reagiert das Wirtschaftssystem nach seinen eigenen Gesetzen: „Geldausgaben können dann im Rahmen zur Verfügung stehender Mittel politisch motiviert werden, ohne daß für die Politik die wirtschaftlichen Kontexte transparent werden müßten (denn darauf Rücksicht zu nehmen, bleibt jedem Eigentümer, auch dem Staat erspart). Zugleich ist das Wirtschaftssystem nicht gehindert, strukturdeterminiert zu reagieren und politische Geldbeschaffung und Geldausgabe nur als Irritation zu behandeln.“<sup>12</sup>

Ein anderes Beispiel für die operative Schließung eines Funktionssystems ist die Wissenschaft. Auch hier machen die Politik, das Rechtssystem, die Wirtschaft Vorgaben, formulieren Erwartungen und versuchen, Einfluss zu nehmen. Das ändert aber nichts daran, dass sich das Wissenschaftssystem von der Umwelt differenziert und sich autopoietisch verhält: „Die Finanzierung des Systems mag von außen gelenkt, die Meinungsfreiheit mag politisch reglementiert, die Operationen des Systems können effektiv eingeschränkt oder im Grenzfalle ganz unterbunden werden [...]. Andere Funktionssysteme greifen in die Wissenschaft zwar ein, wenn sie in Erfüllung ihrer eigenen Funktionen operieren und ihren eigenen Codes folgen. Aber sie können, jedenfalls unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft, nicht selbst festlegen, was wahr und was unwahr ist.“<sup>13</sup>

In Luhmanns Werk wird nun das Militär als eigenständiges, ausdifferenziertes System nicht berücksichtigt. Die Grundfrage für den Status des Militärs in systemtheoretischer Perspektive ist, ob das Militärsystem sich operativ schließt bzw. schließen kann: „Operative Schließung besagt: eigene Rekursivität, Orientierung an selbstproduzierten Eigenwerten, Selbstversorgung mit Gedächtnis und

10 Vgl. zu dieser Kontroverse Reese-Schäfer, *Politische Theorie*, S. 149ff.

11 Vgl. zum Wirtschaftssystem Luhmann, *Wirtschaft der Gesellschaft*. Zu den „Grenzen der Steuerung“ siehe dort das Schlusskapitel, S. 324-349.

12 Ders., *Politik der Gesellschaft*, S. 384.

13 Ders., *Wissenschaft der Gesellschaft*, S. 293.

mit Oszillation im Rahmen eigener Unterscheidungen, also Herstellung und Fortschreibung einer eigenen Vergangenheit und einer eigenen Zukunft.“<sup>14</sup> In einer kurzen historischen Betrachtung soll hier nun keine eigene Theorie über das Militär als potenzielles funktional differenziertes Gesellschaftssystem vorgebracht werden. Vielmehr soll anhand des deutschen Militärs des Deutschen Kaiserreiches gezeigt werden, dass das Militärsystem unter den bestimmten historischen Bedingungen imstande war, die im Zitat beschriebene Autopoiesis in Gang zu setzen und die Differenz zur gesellschaftlichen Umwelt selbst zu produzieren. Um dies zu demonstrieren, soll zunächst ein Blick auf die Stellung des Militärs in der Verfassungswirklichkeit des Kaiserreiches und besonders während des Ersten Weltkrieges geworfen werden und dann die strukturelle Kopplung des Militärs mit dem Politik- und Wirtschaftssystem sowie die Steuerungsversuche der Dritten OHL analysiert werden. Für die Auswahl dieses Zeitraumes spricht, dass damals nicht nur die „klassischen“ Funktionssysteme der Gesellschaft bereits ausdifferenziert waren, sondern auch der erste globale moderne Krieg geführt wurde, und das Militärsystem hier seine Eigenlogik besonders prägnant zum Vorschein brachte. Gegen die Heranziehung des Zweiten Weltkrieges spräche dagegen die Problematik, dass hier zunächst einmal der Status des Gesellschaftssystems des Dritten Reiches geklärt werden müsste. Handelt es sich hier analog zur DDR um eine Entdifferenzierung (Sigrid Meuschel) oder sind die Funktionsweisen der ausdifferenzierten Systeme trotz des totalitären Anspruches aufrechterhalten worden? Gerade im Hinblick auf das Verhältnis von Politik und Ökonomie ergäbe sich hier eine Reihe von Vorfragen, die der Klärung noch bedürfen.<sup>15</sup> Und für die vermeintlich klassische Phase des preußischen Militarismus unter dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. und unter Friedrich dem Großen hat Michael Salewski in einem provokativen Aufsatz kürzlich festgestellt, dass von einer Dominanz des Militärsystems, von Militarismus keine Rede sein kann, sofern man von der Militarismusdefinition Gerhard Ritters als einem Versuch des Militärs, die Politik zu bestimmen, ausgeht. Der König übte das absolute Primat über das Militär aus, es war sein beliebig zum Einsatz zu bringendes Instrument. Wir haben es hier noch mit einer vormodernen stratifizierten Gesellschaft zu tun, das Militär gehörte zum Untertanenverband.<sup>16</sup>

14 Ders., *Politik der Gesellschaft*, S. 111.

15 Die Forschungsdiskussion zu diesem Verhältnis oszilliert zwischen einem Primat der Politik und einem Primat der Ökonomie, vgl. Kershaw, *NS-Staat*, S. 80-111.

16 Vgl. Salewski, „Preußischer Militarismus“, S. 22ff. Zu überprüfen wäre eine Ausdifferenzierung des Militärsystems allerdings für die „Sattelzeit“ Kosellecks, hier besonders für die Befreiungskriege und die preußischen Reformen.

## II.

Der lang ersehnte Nationalstaat der Deutschen war das Kind dreier Kriege, der so genannten Einigungskriege: 1864 besiegte Preußen und sein damaliger Verbündeter Österreich-Ungarn Dänemark, 1866 besiegten Preußen und seine norddeutschen Verbündeten Österreich und 1870/71 Frankreich. Im September 1866 nahm der Preußische Landtag die Indemnitätsvorlage an, die Bismarcks Regieren ohne parlamentarisch bewilligtes Budget nachträglich sanktionierte. Die traditionelle preußische Wertschätzung des Militärs wurde in und durch diese formative Gründungsperiode des Nationalstaates verstärkt, das Bildungsbürgertum kommunizierte seinen Anteil an den Einigungskriegen in zahlreichen Erinnerungen, Berichten und auch Skizzen und Gemälden, es nahm das Militär symbolisch in Besitz.<sup>17</sup> In der Reichsverfassung wurden allerdings überkommene Elemente des „Reichskriegswesens“ aus der preußischen Verfassung übernommen. Der Monarch besaß die Kommandogewalt, nur bei der Militärverwaltung war der Reichskanzler gegenzeichnungspflichtig. Der Monarch entschied auch über Krieg und Frieden, außer im Verteidigungsfall hatte hier aber auch der Bundesrat zuzustimmen, der in der zeitgenössischen Staatsrechtslehre als der eigentliche Souverän des Reiches firmierte und trotz seiner faktisch weitgehenden Einflusslosigkeit auf die Tagespolitik von Bismarck stets symbolisch angemessen berücksichtigt wurde. Freilich wurden beim Ernstfall 1914 die Kriegserklärungen an Russland und Frankreich ohne Beteiligung des Bundesrates abgefasst, und die entsprechende Weisung an den deutschen Botschafter in St. Petersburg ging sogar schon kurz vor dem Zusammentreten des Bundesrates ab; hierfür wurde erst nachträglich die (dann einstimmige) Zustimmung des Bundesrates eingeholt.<sup>18</sup> Wichtiger war da das Budgetrecht des Reichstages, das im Falle des Heeresetats durch das Septennat eingeschränkt wurde, im Krieg jedoch von zentraler Bedeutung war. Das Militärsystem besaß in einer Anzahl immediat gestellter Generäle und Admiräle sowie im Militärkabinett und dem 1889 errichteten Marinekabinett eine starke Repräsentanz beim Kaiser. Der Chef des Militärkabinetts konnte dem Kaiser täglich Vortrag halten, im Gegensatz zum nur wöchentlichen Recht des Reichskanzlers und des Chefs des Generalstabes. Gleichwohl kann man für die Ära Bismarck, angefangen von Nikolsburg und Paris bis hin zur Winterkrise 1887/88 von einem faktischen, wenn auch subjektiv

17 Vgl. Becker, *Bilder*.

18 Ich danke an dieser Stelle Herrn Dr. Peter Mertens, Münster, für sachkundige Hinweise, die Licht ins Dunkel der in der Chronologie sich widersprechenden Sekundärliteratur gebracht haben.

von den Militärs nicht respektierten Primat der Politik sprechen.<sup>19</sup> Bismarck und sein Nachfolger Caprivi konnten die Ambitionen des Generalfeldmarschalls Alfred Graf von Waldersee, der 1888 Chef des Generalstabes wurde, in die Schranken weisen. Nach dessen Entmachtung 1891 beschränkten sich seine Nachfolger Schlieffen und der jüngere Moltke auf die strategische Planung. Dennoch ist für die Zeit des Wilhelminismus die starke Stellung und der Einfluss des Militärs kontrovers diskutiert worden. Wie Gerhard Th. Mollin kürzlich noch einmal gezeigt hat, kann von einer Ausweitung des militärischen Einflussbereiches auf die Politik vor 1914 insgesamt aber nicht gesprochen werden. Erst in der Julikrise 1914, am 29. und 30. Juli, überschritt Moltke die Grenze zur Politik mit seinen Telegrammen an seinen österreichischen Kollegen Conrad von Hötzendorf, mit denen er die österreichische Kriegsentschlossenheit unterstützte. Aber auch zu diesem Zeitpunkt, allerdings nur bis zu diesem Zeitpunkt, hielt die Reichsleitung – wenn auch auf der europäischen Bühne natürlich nicht alleine – noch das Gesetz des politischen Handelns in der Hand.<sup>20</sup>

Spielte das deutsche Militär in der europäischen Politik vor 1914 keine aktive Rolle – so jedenfalls die These von Mollin<sup>21</sup> – so hielt sich umgekehrt die Politik in Fragen der strategischen Planung auffallend zurück. Die militärische Planung nahm freilich auch keinerlei politische Rücksichten; hier zeigt sich die Selbstreferenz des militärischen Systems, das sich ausschließlich an der internen Kommunikation orientierte. Die militärische Eigenlogik springt unmittelbar bei der Betrachtung des Kriegsausbruches ins Auge. Der Schlieffenplan als Antwort auf die „Einkreisung“ kalkulierte den Bruch der belgischen Neutralität. Er stand zudem unter dem Verdikt eines engen Zeitplans, denn im Westen sollte die Entscheidung innerhalb von sechs Wochen fallen, um dann Truppen nach Ostpreußen verlegen zu können, wo nur ein Achtel der Weststärke in Stellung war, und die dann mobilisierten russischen Truppen des schwerfälligen Zarenreiches abzuwehren.<sup>22</sup> Der Chef des Generalstabes Alfred von Schlieffen versuchte für eine

19 Dies arbeitet jetzt noch einmal umfassend Schmid, *Rüstungspolitik*, heraus; vgl. ferner Förster, „Generalstab“, S. 73.

20 Vgl. Mollin, „Militär“.

21 Vgl. ebd., S. 239.

22 Neuerdings gibt es gegen die traditionelle Sicht, der Schlieffenplan (in Form der „großen Denkschrift“ aus dem Dezember 1905) gehe von einem Zweifrontenkrieg aus, Einspruch, vgl. Holme, „Krieg gegen Frankreich“. Die These Terence Zubers lautet dagegen provozierend: „The Schlieffen plan was never a German war plan, and Schlieffen's exercises, particularly the great November-December 1905 *Kriegsspiel*, prove that Schlieffen intended to fight a defensive war“. Zuber, *Schlieffen Plan*, S. 304. Das, was heute in der Forschung als Schlieffenplan firmiert, so Zuber, sei zum Zwecke der Apologie eigenen Handelns oder eigener militärstrategischer Auffassungen nach der verlorenen Marneschlacht von Hermann von Kuhl (Stabschef der 1. Armee Klucks), Wilhelm Groener, Hans Delbrück u.a. konstruiert und dann durch Gerhard Ritters Kritik kanonisiert worden. Schlieffens Doktrin er-

Entscheidung im Westen in Anlehnung an Hannibals Erfolg von Cannae dessen Flügeltaktik zu kopieren. Mit einem schließlich siebenmal stärkeren rechten Flügel wollte er die französische Festungsfront umgehen und das feindliche Heer je nach Lage vor oder hinter Paris umfassen und gegen die schweizerische Grenze und den eigenen, das heißt französischen, Festungswall drücken. In einer Entscheidungsschlacht sollte dann dem überrumpelten Feind der Sieg abgetrotzt werden. Diese strategische Planung erfolgte also unter rein militärimmanenten Gesichtspunkten, systemtheoretisch gesprochen besaß das Militär eigene Rekursivität, ein eigenes Gedächtnis und eine Orientierung an selbstproduzierten Eigenwerten. Die im Politiksystem ausgelösten Irritationen wurden bei der Umsetzung des Schlieffenplans durch dessen Nachfolger, den jüngeren Moltke, durch den im Schlieffenplan vorgesehenen Durchzug des Heeres durch Luxemburg und Belgien verursacht. Der Bruch der belgischen Neutralität gab Großbritannien zumindest den Vorwand und die moralische Legitimation, als Beschützer der kleinen Völker in den Kontinentalkonflikt einzugreifen. Natürlich standen dahinter noch andere Motive, etwa die Furcht vor einem übermächtigen deutschen Beherrscher des Kontinents, der dem Empire dann ökonomisch und militärisch hätte endgültig den Rang ablaufen können. Entscheidend war aber, dass mit der militärischen Offensive im Westen die deutsche Politik in der Weltöffentlichkeit in die Defensive gedrängt worden war. Die einkalkulierte Völkerrechtsverletzung der Militärs und mehr noch die Duldung durch das Auswärtige Amt und den Reichskanzler Bethmann Hollweg ist auch von der heutigen Forschung immer wieder kritisiert worden. Bethmanns Verweis auf die ihm fehlende militärfachliche Kompetenz wurde von Hans-Ulrich Wehler gar als „offene[r] Verrat an der politischen Leitungs- und Koordinationsaufgabe, an der Durchsetzung politischer Prioritäten“<sup>23</sup> gewertet. Die Irritationen, welche die Strategie im Politiksystem auslöste, waren in dieser Größenordnung allerdings für die Zeitgenossen sicherlich nicht vorhersehbar, England hatte sich wohlweislich stets von einem Interventionsautomatismus distanziert.

Gilt es im Hinblick auf die Strategie des Deutschen Reiches die starke Stellung des Militärs zu konstatieren, so kann jedoch nicht von einem Primat der Militärs in der wilhelminischen Zeit generell sprechen. Denn die Entscheidung über Krieg und Frieden lag bei der Politik und hätte ohne sie nicht getroffen werden können. Gerade die Julikrise zeigt die Autopoiesis des Politiksystems, ein Netz von zahlreichen, vielfältigen und vielseitigen Entscheidungen und

scheint bei Zuber eher als eine Doktrin der Bewegung und Überraschung, seine gelehrtesten Schüler seien Ludendorff, der von Zuber militärstrategisch rehabilitiert wird, und Manstein gewesen. Die folgenden Ausführungen zeigen, dass mich diese revisionistische These bislang nicht voll überzeugt hat.

23 Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, S. 1119.

Nichtentscheidungen sowie (Fehl-)Perzeptionen der Politik, die selbstverständlich auch militärische Erwägungen wie Mobilisierungsdauer, Rüstungsstand, Motivation der Truppe etc. zu berücksichtigen hatten und sich davon leiten ließen. In der Systemtheorie geht es um Kommunikationen, nicht um Personen, von daher gehören die militärischen Aspekte der Julikrise zum Militärsystem und seiner Kommunikation. Die Leistung der kollektiv bindenden Entscheidung zum Krieg konnte jedoch nur das Politiksystem erbringen. War sie aber einmal da, geriet also das Militärsystem gleichsam in Schwingungen, so übersetzte es den Außenreiz der Politik in sein System gemäß seiner Funktionsweise. Dann konnte es auch nicht einfach mehr von der Politik gestoppt werden. Die Auseinandersetzungen am 1. August 1914 machen das deutlich. Nach neuen Meldungen aus Großbritannien schöpfte Wilhelm II. noch einmal die Hoffnung, einen Zweifrontenkrieg, den Alptraum Bismarcks, vermeiden zu können. Er wollte den Angriff auf das neutrale Belgien und damit Frankreich stoppen, das Heer nach Osten gegen Russland schicken und somit Großbritannien und damit auch Frankreich neutral halten. Auch die Zustimmung der Sozialdemokratie würde sich bei einem alleinigen Kampf gegen den verhassten Zarismus ganz von selbst ergeben, so das Kalkül. Generalstabschef Moltke setzte sich mit seinen vehementen Einwänden gegen diese Option durch: der Aufmarsch des Millionenheeres könne nicht mehr ohne Schaden verändert werden. Herfried Münkler gibt dieser Einschätzung gegenüber der Meinung von nach dem Krieg schreibenden Generalstabsoffizieren Recht. Zwar hätte die Eisenbahnlogistik eine Umstrukturierung des Aufmarsches vielleicht geschafft. Aber auch die französische Armee war inzwischen in Stellung gegangen, bedrohte Süd- und Westdeutschland. Eine geschwächte deutsche Front hätte die Franzosen wohl kaum von einem Angriff abgehalten.<sup>24</sup> Zu diesem Zeitpunkt war das Militärsystem also bereits in Schwingungen versetzt worden und hatte seine Grenze zu seiner Umwelt geschlossen. Mit der operativen Schließung ist auch die Täuschung nicht nur der Politik, sondern auch weiter Teile der Bevölkerung und Soldaten im August 1914 zu erklären, bis Weihnachten sei die Schlacht geschlagen und die Soldaten seien wieder zu Hause. Tatsächlich war eben dies aufgrund militärimmanenter Determinationen nicht der Fall, was im Großen Generalstab auch so gesehen wurde, aber nicht nach außen kommuniziert wurde, wie Stig Förster gezeigt hat.<sup>25</sup> Eine wichtige Rolle dafür, dass auf lange Sicht keine Seite zu einer eindeutigen Überlegenheit gelangte, war die Tatsache, dass Luhmanns Weltgesellschaft bereits 1914 nicht nur ökonomisch, sondern auch militärisch realisiert war. Die technologischen Innovationen machten vor den nationalstaatlichen Grenzen nicht halt: „What one state had or did, others could readily imitate. Dreadnoughts, quick-firing cannons, collapsible

24 Vgl. Münkler, „Bush“.

25 Vgl. Förster, „Generalstab“.

entrenching tools – all were manifestations of a copycat effect that by 1914 made Europe's armed forces mirror images of each other in terms of their technology.“<sup>26</sup>

Die Programmierung des Militärs erfolgt über die drei Ebenen Taktik, operative Führung und Strategie. Sie wurde von der Obersten Heeresleitung und seit November 1914 von der Kommandostelle „Oberost“, von Hindenburg und Ludendorff bestimmt, die seit dem Herbst 1916 die Dritte OHL bildeten. Zwar besaß die höchste Kommandogewalt der Kaiser und im Großen Hauptquartier war auch die zivile Reichsleitung präsent, allerdings nur während der ersten Monate; seit 1916 war überhaupt kein höherer Vertreter der Reichsleitung mehr im Hauptquartier. Und die Machtstellung des Kaisers war von einem gravierenden Einflussverlust gekennzeichnet, hauptsächlich in der symbolischen Kommunikation spielte der Kaiser während des Krieges noch eine gewisse Rolle. Sein fortschreitender Legitimationsverlust wurde schließlich durch die Flucht nach Holland am 10. November 1918 gekrönt, Folge auch des selbst geförderten modernen Leistungsparadigmas in der Legitimation des Kaisers.<sup>27</sup> Eine erhebliche politische Legitimation wuchs dagegen in der zweiten Kriegshälfte der Dritten OHL zu: Hindenburg als Sieger von Tannenberg und der Schlacht an den Masurischen Seen, das heißt als Schirmherr der Heimat, und als Kommandeur des größten Mobilitätserfolges des Ersten Weltkrieges, des Durchbruches zwischen Tarnow und Gorlice im Mai 1915, und Ludendorff, seinem eigentlich bestimmenden, zupackenden Stabschef mit dem Titel Generalquartiermeister.

Aber auch schon in der ersten Kriegshälfte wurden die militärischen Entscheidungen im Militärsystem selbst produziert. General von Falkenhayn schirmte die strategischen Planungen vor dem Zugriff der Reichsleitung ab; bezeichnend für die politische Kommunikation Bethmann Hollwegs war es, dass er Falkenhayn Ambitionen auf die Kanzlerschaft unterstellte.<sup>28</sup> Die Schließung der operativen Grenze des Militärsystems wird erst recht auf der unteren Ebene der Taktik deutlich, die auf die Führung der Regimenter und Divisionen zielt. Diese war im deutschen wie auch in anderen Heeren der Zeit von der Option für die Gefechtsart des Angriffs bestimmt, dessen Elemente Feuer und Beweglichkeit sind. Dem Unterlegenen bietet die Bewegung die Möglichkeit, Personal- oder Materialschwäche auszugleichen. Kombiniert wurde diese Ausrichtung noch mit der so genannten Auftragtaktik, einer Spezialität des deutschen Heeres, das den kleineren Einheiten und ihren Führern Entscheidungsspielraum und die Möglichkeit zur flexiblen Anpassung an die jeweilige Situation ermöglichte.

26 Showalter, „Mass Warfare“, S. 75.

27 Vgl. Kohlrausch, „Flucht des Kaisers“.

28 Vgl. das Kapitel über „Falkenhayn und Bethmann Hollweg“ bei Chickering, *Das deutsche Reich*, S. 76-81.

Die Auftragstaktik, die in den Exerzier-Reglements von 1888 und 1906 fixiert worden war, wird meist als ein Erfolgsgeheimnis der deutschen Kampfkraft bewertet.<sup>29</sup> Vorteile erhoffte man sich auf der deutschen Seite zudem durch die Stärkung und Betonung der von Clausewitz stark gemachten moralischen Faktoren. Die militärtechnischen Innovationen, insbesondere die neu gewonnene Feuerkraft, würgten den Bewegungskrieg nach der Marneschlacht jedoch ab. Denn das Zeitalter der dominierenden Waffe des 19. Jahrhunderts, des Gewehrs, war vom Zeitalter des Maschinengewehrs und des Geschützes abgelöst worden. Gegen die getarnten MG-Stellungen war ein konventioneller Infanterieangriff kaum mehr möglich. Verursachte die Artillerie die meisten Verluste, „so war das Maschinengewehr die entscheidende Waffe, denn es ließ alle Offensiven scheitern, insbesondere dort, wo die Masse der Artillerie nicht mehr wirken konnte, wie nach tiefen Einbrüchen in das Hinterland der Front.“<sup>30</sup> Erschwerend kam das sich immer mehr differenzierende gestaffelte und schwer befestigte Stellungssystem hinzu, das vor allem der Westfront den unverwechselbaren Stempel des Ersten Weltkrieges aufdrückte. Erfolge konnten also nur über eine zur Erschöpfung führende Abnutzungsschlacht erkämpft werden, das ist der rationale Kern hinter Falkenhayns verhängnisvoller Verdun-Option.

Die dritte OHL entwickelte dann eine neue Verteidigungstaktik, die nicht mehr auf das Halten einer Linie, sondern auf eine tiefe, durch Maschinengewehre und Geschütze dominierte Verteidigung und den flexiblen Gegenstoß setzte. Erst im Sommer 1918 wurde die bewegliche Verteidigung mit Blick auf die erodierende Moral der Truppe wieder eingeschränkt. Den deutschen Innovationen auf dem Gebiet der Taktik und auch Technik (Zeppeline, Einsatz von Gas) entsprachen alliierte Neuerungen, so die neuartige Panzerwaffe. Sowohl die deutsche Taktik der beweglichen Verteidigung als auch das Auftreten der Tanks wie die Steigerung der Feuerkraft der Artillerie waren Versuche, wieder die Initiative zur Bewegung zu erlangen. Es waren Selbstanpassungen des Militärsystems, autopoietische Prozesse, die das Militär auf die von ihm selbst hervorgebrachten Neuerungen des Krieges reagieren ließ, auf neue Waffen mit neuen Waffen, auf neue Techniken mit neuen Techniken usw. Dies veränderte die Erfahrung des Krieges<sup>31</sup> fundamental.<sup>32</sup>

Die Autopoiesis des Militärsystems kann man auch auf der Ebene der Strategie beobachten. Vom Schlieffenplan und dem Übergang vom Bewegungs- zum Stellungskrieg haben wir schon gesprochen. Trotz des Scheiterns des Schlieffen-

29 Vgl. Leistenschneider, *Auftragstaktik*.

30 Linnenkohl, *Einzelshuß*, S. 215.

31 Eine systemtheoretische Untersuchung der Kriegserfahrung der Einigungskriege liegt jetzt vor von Becker, „Kriegserfahrung“, S. 147-172.

32 Vgl. zu diesem Abschnitt Groß, „Dogma der Beweglichkeit“.

plans sah die kurzfristige strategische Position des Deutschen Reiches Ende 1915 nicht schlecht aus: Serbien war von den Mittelmächten trotz interner Friktionen eingenommen worden, im Osten hatte man bei Tarnow-Gorlice einen Durchbruch erzielt, das Gallipoli-Unternehmen der Alliierten zur Gewinnung der türkischen Meerengen war ebenso wie deren Operationen im Westen gescheitert. Mittel- und langfristig sah die strategische Lage jedoch düster aus: Im Osten hatte man eben nicht in einer Umfangsschlacht die Vernichtung des Feindes erreicht, das neutrale Griechenland war von den Alliierten besetzt worden (Saloniki-Front), Italien war auf Seiten der Alliierten in den Krieg (gegen Österreich-Ungarn) eingetreten, die USA nur in einem formalen Sinne neutral. Auch im U-Boot-Krieg waren keine entscheidenden Erfolge errungen worden, zudem war er wegen der politischen Konsequenzen im September 1915 eingeschränkt worden. Der Chef des Generalstabes Erich von Falkenhayn beurteilte die Lage nun, längerfristig gesehen, pessimistisch, die Chancen eines Durchbruchs an der Westfront hielt er für gering. Alles kam nun darauf an, den Kampfwillen der Feinde zu brechen und das hieß, die in den Augen Falkenhayns labilen Franzosen physisch und vor allem psychisch zu ermatten. Die militärische Kommunikation ließ einen politischen Ausweg nicht zu: „Die Politik, die auf einen Verständigungsfrieden hinarbeiten mochte, zog der General nicht in Betracht. Er dachte, wie es im engeren Sinne seines Amtes war, auf der Basis dieser Analyse nur militärisch weiter.“<sup>33</sup> Dies führte ihn zum Angriff auf die symbolträchtige Festung Verdun. Das französische Heer sollte ausgeblutet werden, die Engländer mit ihrer durch die gerade erst eingeführte Wehrpflicht im Umbruch befindlichen Armee zu einem Entlastungsangriff getrieben und ein deutscher Gegenangriff zum Erfolg führen.<sup>34</sup> Dass dieser Weg mit den durchaus auch Falkenhayn bewussten moralischen und menschlichen Kosten eingeschlagen werden konnte, zeigt die Geschlossenheit der militärischen Kommunikation. Die autopoietische Reproduktion der Stellungen ist oft beschrieben worden. Zwischen Februar und Dezember 1916 wurden für wenige Meter Geländegewinne 317 000 französische und 282 000 deutsche Soldaten geopfert, am Ende hatte sich die Stellung nicht verändert.<sup>35</sup>

Blickt man auf den Seekrieg, so wird die wechselseitige operative Schließung des Politik- und Militärsystems besonders deutlich. Die deutsche Flottenrüstung war ein politisches Projekt. Angeführt vom Kaiser und vom Marinestaatssekretär

33 Nipperdey, *Geschichte*, S. 775.

34 Falkenhayns Überlegungen können kaum mehr aus der viel zitierten „Weihnachtsdenkschrift“ erschlossen werden, wie die quellenkritischen Überlegungen von Holger Afflerbach zeigen, statt dessen müssen sie aus anderen Quellen destilliert werden, vgl. Afflerbach, *Falkenhayn*, S. 351-375 und S. 543-545, außerdem Krumeich, „Verdun“, S. 298f.

35 Vgl. Nipperdey, *Geschichte*, S. 776.

Tirpitz und unterstützt von einer breiten deutschen Öffentlichkeit, ging sie zu Lasten der Heeresrüstung. Vor allem brachte die Flottenpolitik, welche die Weltgeltung und Weltmachtposition Deutschlands symbolisieren sollte, im Ersten Weltkrieg keinen militärischen Nutzen ein. Weder konnte sie England vom Kriegseintritt abhalten, noch konnte sie die Fernblockade mit ihren enormen ökonomischen und menschlichen Kosten verhindern. Auch zu einer offenen Seeschlacht kam es erst 1916 am Skagerrak, die dort erzielten deutschen Vorteile veränderten jedoch keineswegs die strategische Lage. Einzig defensiv besaß die Flotte einen gewissen Nutzen im Schutz der deutschen Küsten und in der Abriegelung der Ostsee.<sup>36</sup> Dagegen entwickelte sich eine neuartige Seekriegswaffe zu einem gewichtigen Faktor, die von der Marineführung (Reichsmarineamt, Admiralstab) eher stiefmütterlich behandelt worden war: die U-Boot-Waffe. Der Einsatz der U-Boote führte jedoch zu erheblichen Irritationen im Politiksystem bzw. in der moralischen Kriegführung. Um dem englischen Handelskrieg begegnen zu können, der völkerrechtswidrig den Seehandel Deutschland mit den Neutralen unterband, richtete Deutschland seine U-Boote gegen feindliche und neutrale Handelsschiffe vor England. Als jedoch im Mai 1915 die *Lusitania*, ein englisches Passagierschiff, versenkt wurde und dabei 120 amerikanische Bürger zu Tode kamen, wurde der unbeschränkte U-Boot-Krieg im September 1915 abgebrochen. In der militärischen Kommunikation, so in der Dezemberdenkschrift Falkenhayns von 1915 wurde der U-Boot-Krieg jedoch als probates Mittel weiter propagiert. Die strategische Entscheidung über die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges war erneut eine militärische Kommunikation. Hindenburg und Ludendorff im Verbund mit der Marineführung setzten sich gegen die politischen Bedenken Bethmann Hollwegs durch. Tatsächlich zeitigte der wieder aufgenommene U-Boot-Krieg zunächst erhebliche militärische Erfolge, gemessen an der Anzahl der versenkten Bruttoregistertonnen. Aber auch im Falle des U-Boot-Krieges gab das Militärsystem selbst die Antwort, indem es als erfolgreiche Antwort auf die U-Boote das Geleitzugsystem hervorbrachte. Der U-Boot-Krieg provozierte zudem die – gescheiterte – englische Offensive in Flandern, die unter anderem deutsche U-Boot-Basen vernichten sollte. Und das Politiksystem reagierte auf den U-Boot-Krieg politisch, entscheidend bestärkt vom abgefangenen Zimmermann-Telegramm, das Mexiko ein Bündnis gegen die USA mit weitreichenden territorialen Verlockungen (Texas, Neu-Mexico, Arizona) anbot<sup>37</sup>: mit dem Kriegseintritt der USA. Während das Politiksystem permanent Entscheidungen oder Nichtentscheidungen, die ihrerseits Entscheidungen

36 Vgl. ebd., S. 770f.

37 Vgl. Salewski, *Der Erste Weltkrieg*, S. 232ff., und Schröder, „Demokratie und Hegemonie“, S. 167f.

sind, traf, zog also jede militärische Operation und jede militärische Innovation eine weitere nach sich. Der Krieg ernährte sich selbst.

Auf zwei weitere Funktionssysteme, das Politik- und das Wirtschaftssystem und deren strukturelle Kopplungen mit dem Militärsystem im Ersten Weltkrieg, soll nun noch eingegangen werden, um mit diesen Perspektiven die Funktionsweise des Militärsystems weiter zu verdeutlichen. In Anbetracht des Machtverlustes des Reichskanzlers und des Kaisers bei gleichzeitigem Aufstieg der Dritten OHL erscheint die Frage nach dem Primat der politischen Führung berechtigt. Kann die Machtfülle des Militärs, und besonders Ludendorffs mit der Dritten OHL als Militärdiktatur im totalen Krieg, systemtheoretisch gesprochen als Entdifferenzierung interpretiert werden?

Besonders für die erste Phase des Krieges bis zur Ablösung Falkenhayns im August 1916 fällt auf, dass eine Polykratie nicht nur im Hinblick auf militärische und zivile Stellen, sondern auch innerhalb der militärischen Struktur auszumachen ist. Die stellvertretenden kommandierenden Generäle, auf die gemäß des in die Reichsverfassung übernommenen preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand von 1851 wesentliche Befugnisse der inneren Sicherheit und der Versorgung im Deutschen Reich übergingen, befehligten nicht nur Militärbezirke, die in ihrem geographischen Zuschnitt quer zu den zivilen politischen Gebietskörperschaften lagen, ihre Maßnahmen waren auch untereinander nicht vereinheitlicht. Denn bis zur Unterstellung unter das Kriegsministerium im Dezember 1916 waren sie (in Bayern galt eine Sonderregelung, hier bekam das bayrische Kriegsministerium Weisungsbefugnisse) nur dem deutschen Kaiser als Oberbefehlshaber verantwortlich. Somit zeitigte die allgemeine Nicht-Präsenz Willhelms II. auch auf diesem Gebiet gravierende Abweichungen der vollziehenden Gewalt in Deutschland, etwa in Fragen der Zensur. Der Kriegsminister befand sich als politische Einrichtung dagegen zunächst ganz außerhalb dieser militärischen Hierarchie und konnte so anfangs nur Empfehlungen abgeben. Und auch nach der Unterstellung der Militärbefehlshaber unter den Kriegsminister kam diesem nur eine koordinierende und fallweise intervenierende Rolle zu, erst im Oktober 1918 erhielt er eine umfassende Weisungsbefugnis.<sup>38</sup>

In das politische Vakuum, das der Machtverlust von Kaiser und Kanzler hinterließ, stießen jedoch nicht nur die Militärbefehlshaber, sondern auch der Reichstag. Zwar hatte er an jenem berühmten 4. August 1914, an welchem er einmütig die Kriegskredite beschlossen hatte, unter Einräumung eines – in 800 Fällen nie in Anspruch genommenen – Vetorechtes seine legislativen Befugnisse an den Bundesrat abgetreten.<sup>39</sup> Dafür behielt er jedoch nicht nur die Kompetenz der Finanzierung des Krieges, die er alle sechs Monate mit der Bewilligung von

38 Vgl. Boldt, *Verfassungsgeschichte*, S. 209.

39 Vgl. Chickering, *Das Deutsche Reich*, S. 46f.

Kriegskrediten erneuern musste, sondern gewann auch in der zweiten Kriegshälfte an politischem und symbolischem Gewicht. Im Herbst 1916 bildete der Reichstag den Hauptausschuss, der jederzeit über die Kriegslage und die Außenpolitik beraten konnte. Im Frühjahr 1917 kam der Verfassungsausschuss hinzu, der sich mit der Reform der Militärverfassung und einer Parlamentarisierung des Reiches, später auch mit der Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts befasste. Und Sozialdemokraten, Linksliberale und Zentrum, später auch die Nationalliberalen, bildeten den wichtigen „Interfraktionellen Ausschuss“. Schließlich ergriff der Reichstag am 19. Juli 1917, nachdem Reichskanzler Bethmann Hollweg in einer gemeinsamen Aktion von Reichstag und OHL gestürzt worden war, auch in der Kriegspolitik die Initiative und verabschiedete mit großer Mehrheit eine Friedensresolution, die auf einen – vage formulierten – Verständigungsfrieden zielte. Beim Sturz des neuen Kanzlers Michaelis nur kurz nach der Demission Bethmann Hollwegs stellten die Parteien unter Beweis, dass gegen sie, gegen das Parlament, kein Kanzler mehr berufen werden konnte; freilich konnten oder wollten sie auch keinen Kanzler selbst inthronisieren. Dieser negative Parlamentarismus zeigt jedoch, dass das Politiksystem sich trotz der erheblichen Störungen und Interventionen aus dem Militär doch wieder selbst reproduzieren konnte.

Die strukturelle Kopplung mit dem Militärsystem besaß die Politik in der obersten Kommandogewalt, die formal beim Kaiser lag. Als oberster Chef der Politik und des Militärs hätte er strategische Entscheidungen treffen müssen, die politische Festlegungen eingeschlossen hätten, etwa in der Frage der Kriegsziele oder eines Verständigungsfriedens. Die OHL hätte diese Entscheidungen dann in die Strategie im engeren, rein militärischen Sinne und in militärische Operationen umsetzen müssen. De facto wurde diese Kommandogewalt jedoch nicht oder selten vom Kaiser ausgeübt, diese Lücke füllte dann die Polykratie von militärischen und politischen Stellen aus: OHL, Admiralstab, Marineamt, Auswärtiges Amt, Reichskanzler, Parlament, Kriegsministerium, später Kriegsamt, die annähernd 200 Kriegsgesellschaften, die bei Kriegsende existierten, die stellvertretenden Kommandierenden Generäle etc. Gleichwohl kam es hier zu keiner Kongruenz der Systeme. Die Kriegereignisse hatten zwar im Politik- wie im Militärsystem wie auch in weiteren sozialen Systemen eine Vielzahl von Anschlusskommunikationen zur Folge, diese waren jedoch nicht identisch. Eine Hierarchisierung der Gesellschaft in einer pyramidalen militärischen Struktur ist im Ersten Weltkrieg ebenso wenig wie eine Verengung der gesellschaftlichen Kommunikation auf die militärische festzustellen.

Die Grenzen der Macht sowohl des Militär- als auch des Politiksystems werden ferner hinsichtlich der Steuerung des Wirtschaftssystems augenfällig. Das Militär war im Krieg besonders auf die Leistungen des Wirtschaftssystems an-

gewiesen, auf die Produktion der Rüstungsgüter, die Entwicklung neuer Waffentechniken und die Versorgung der Truppen. Verdeutlichen kann man den enormen Bedarf des Militärs an Rüstungsgütern daran, dass während der Marne-schlacht täglich mehr Munition als im gesamten deutsch-französischen Krieg verschossen wurde.<sup>40</sup> Umgekehrt erhielt die Wirtschaft durch das Militär eine Vielzahl neuer Aufträge, auf welche sie mit einer Umstrukturierung ihrer internen Diversifizierung reagierte. Die Bereitstellung der Ressourcen für die Rüstungsindustrie und die Versorgung der Bevölkerung mit den Grundnahrungsmitteln stellten Politik, Militär und Wirtschaft vor große Schwierigkeiten. Eine spezielle Kriegswirtschaft wurde in Deutschland weniger umfassend eingeführt als es in Großbritannien seit dem Juli 1915 mit der durch den „Munitions of war act“ initiierten Wirtschaftskontrolle der Fall war. In Deutschland konnte die Rohstoffbewirtschaftung trotz entsprechender Versuche nie einheitlich und zentral organisiert werden, die Kriegswirtschaft war ein „Konglomerat aus wirtschaftlicher Selbstverwaltung, traditioneller Einflußnahme und staatlicher Lenkung, die weder einheitlich noch planmäßig erfolgte“<sup>41</sup>. Den bedeutendsten Ansatz zu einer ökonomischen Lenkung unternahm bereits im August 1914 der Vorsitzende der AEG, Walther Rathenau, mit der Einrichtung der Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsministerium, die alle Ressourcen des Landes zu erfassen suchte. Sie bildete mit den einzelnen Industriezweigen Kriegsgesellschaften, die zum Zwecke der Rohstoffbewirtschaftung Staatslenkung und Selbstverwaltung zusammenführten. Zu Beginn des Jahres 1915 gab es 25 Kriegsrohstoffgesellschaften, die alle Wirtschaftsbereiche, welche die Kriegsproduktion betrafen, zusammenfassten. Diese waren Aktiengesellschaften, an denen der Staat und die jeweiligen Firmen beteiligt waren.<sup>42</sup> Rathenau leitete die Kriegsrohstoffabteilung bis zum Frühjahr 1915, auf ihn folgte Major Joseph Koeth. Rathenaus Mitarbeiter Wichard von Moellendorff arbeitete die Verbindung der Kriegsrohstoffgesellschaften von staatlicher Lenkung und industrieller Planung zum Modell einer „Deutschen Gemeinwirtschaft“ (1916) aus.<sup>43</sup>

Die Bewirtschaftung der kriegsrelevanten Rohstoffe zeitigte einen gewissen Erfolg. Der Grund hierfür dürfte gerade in der erfolgreichen Abwehr weitergehender Interventionsabsichten des Militärs liegen, gegen die sich die Wirtschaft, aber auch zivile Stellen wie das Reichsamt des Inneren, das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe und das Reichsschatzamt zur Wehr setzten, weil

40 Vgl. ebd., S. 48.

41 Vgl. Roth, *Staat und Wirtschaft*, S. 413.

42 Vgl. Chickering, *Das Deutsche Reich*, S. 51.

43 Zu Rathenaus und Moellendorffs Konzeptionen vgl. Werth, *Sozialismus und Nation*, S. 67–96. Werth weist darauf hin, dass die Kriegswirtschaft Rathenaus auch zum Vorbild für Lenin wurde, vgl. ebd., S. 274f.



man die Auswirkungen für kontraproduktiv hielt. Die Richtigkeit dieser Annahme zeigte sich bei den staatlichen Eingriffen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung. Die von kommunalen Stellen unabgestimmt eingeführten Höchstpreise für Grundnahrungsmittel zu Beginn des Krieges führten zu einer ungleichen Verteilung der Güter, die Vereinheitlichung der Höchstpreise durch das Innenministerium im Oktober 1914 zu einer Knappheit der preisgebundenen Güter und einer Verlagerung der Produktion auf preisungebundene Lebensmittel. Das zu Jahresbeginn 1915 verfügte Gemetzel an neun Millionen Schweinen, die als „Mitesser“ deklariert wurden, hatte ebenfalls katastrophale Folgen für die „Produktionsgemeinschaft“ von Mensch und Tier.<sup>44</sup> Die Ansätze einer Zwangsbewirtschaftung schlugen sich wie in der Rohstoffbewirtschaftung auch auf dem Ernährungssektor institutionell nieder, so in den neuen Verwaltungen der Kriegsgetreidegesellschaft, Reichskartoffelstelle etc. sowie im Kriegsernährungsamt, das im Mai 1916 gegründet wurde. Alle staatlichen Maßnahmen konnten jedoch nicht verhindern, dass an der deutschen Heimatfront mehr als eine dreiviertel Million Menschen durch Hunger bzw. Folgeerscheinungen des Hungers zu Tode kamen.<sup>45</sup> Den (intellektuellen) Zeitgenossen erschien diese deutsche Kriegswirtschaft als Konglomerat aus staatlicher Intervention und Selbstverwaltung in einem helleren Lichte als der heutigen Forschung,<sup>46</sup> und die Systemtheorie könnte auf diesem Sektor mit Gewinn einmal mehr das Verhältnis von Politik und Ökonomie problematisieren helfen.

Mit der Bestellung der dritten OHL versuchte im Herbst 1916 dann auch diese Stelle, in das Wirtschaftssystem einzugreifen. Die OHL forderte eine drastische Steigerung der Munitions- und der Rüstungsproduktion im Bereich der Geschütze und Maschinengewehre sowie den Einsatz von drei Millionen weiterer Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie. Nach der verlustreichen Sommeschlacht sollten mit dem von Ludendorff initiierten Hindenburg-Programm alle greifbaren Reserven für den Krieg mobilisiert werden. Für den totalen Krieg sollten kriegsunwichtige Betriebe stillgelegt und Kapital, Material und Arbeitskräfte in der Kriegsindustrie konzentriert werden. Hindenburg und Ludendorff erwirkten die Besetzung des Kriegsministeriums mit einem Gefolgsmann, Hermann von Stein, die Unterstellung der stellvertretenden kommandierenden Generale unter den Kriegsminister und die Errichtung eines Obersten Kriegsamtes, das die wirtschaftliche Mobilisierung steuern sollte. Dieses Amt sollte auch ein wesentliches Element des Hindenburg-Programms, den „Vaterländischen Hilfsdienst“, implementieren. Mit ihm sollte der Facharbeitermangel durch die Heranziehung aller abkömmlichen Männer zwischen 17 und 60 und die Reglemen-

44 Vgl. Chickering, *Das Deutsche Reich*, S. 57.

45 Vgl. Nipperdey, *Geschichte*, S. 855.

46 Vgl. Hoeres, *Krieg der Philosophen*, Kap. VI, 2a.

tierung des Arbeitsplatzwechsels behoben werden. Zur symbolischen Absicherung ihres Vorhabens schalteten Hindenburg und Ludendorff den Reichstag ein. Dieser setzte bei der Kontrolle des Arbeitsmarktes paritätische Schlichtungsausschüsse durch und für alle gewerblichen Betriebe ab 50 Mitarbeitern wurden ständige Arbeiter- und Angestelltenausschüsse institutionalisiert, die Vorläufer der späteren Betriebsräte. Die Gewerkschaften durften sich nun auch in den Kriegsindustrien organisieren, und die Tarifvereinbarungen erlangten Gesetzeskraft. Das von der OHL angeregte, unter Mitwirkung des Reichstags erlassene Gesetz verfehlte jedoch sein Ziel. Da keine Arbeitskraftreserven in nennenswertem Umfang zur Verfügung standen, mussten Soldaten von der Front abgezogen werden, um die Ziele des Programms zu erreichen. Die Kampfkraft des Heeres, die letztlich durch die ökonomische Mobilisierung doch gestärkt werden sollte, wurde also zumindest partiell geschwächt. Daneben wirkte auch die Steigerung der Fluktuation der Arbeitskräfte kontraproduktiv, da sie auch zu einer Steigerung der Löhne führte. Darüber hinaus erwies sich das gesamte Hindenburg-Programm als Fehlschlag. Das Kompetenzwirrwarr wurde durch die Errichtung des Kriegsamtes noch gesteigert, im Februar 1917 wurde sogar weniger Stahl als vor der Implementierung des Hindenburg-Programms gefördert.<sup>47</sup> Die Steuerung der Wirtschaft durch das Militär war also fehlgeschlagen. Entweder wurden die anvisierten Ziele nicht erreicht oder die implementierten Maßnahmen führten zu kontraproduktiven Ergebnissen.

Nach der Vorkriegszeit, dem Kriegsausbruch und der Kriegszeit soll auch das Ende des Krieges hier nicht ausgespart bleiben. Zu Beginn des Jahres 1918 schien sich das Kriegsglück noch einmal zugunsten der Deutschen zu drehen. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk am 3. März war das Deutsche Reich endlich vom Alptraum des Zweifrontenkrieges erlöst. Und mit der am 21. März gestarteten Michael-Offensive im Westen gelang es der dritten OHL noch einmal, Hoffnung auf eine militärische Entscheidung zugunsten des Deutschen Reiches zu wecken. Die geradezu ekstatische Begeisterung, welche diese Beendigung des erdrückenden Stellungskrieges hervorzurufen verstand, ist von Ernst Jünger eindringlich beschrieben worden.<sup>48</sup> Aber nicht nur im Mentalitätshaushalt, auch auf dem Gefechtsfeld erzielte diese Offensive zunächst erhebliche Erfolge, bis auch sie schlussendlich stecken blieb. Auch die sich anschließenden Westoffensiven brachten nicht den erhofften Durchbruch.

Die endgültige Entscheidung, der unwiderrufliche Anfang vom Ende, erfolgte mit dem „schwarzen Tag“ am 8. August. Die Engländer waren mit ihren Tanks in der Schlacht bei Amiens weit in die deutsche Front eingebrochen, das deutsche Heer befand sich nun auf dem Rückzug. Am 29. September, nachdem

47 Vgl. Chickering, *Das Deutsche Reich*, S. 94-102, und Nipperdey, *Geschichte*, S. 787-801.

48 Vgl. das Kapitel „Die Große Schlacht“ bei Jünger, *In Stahlgewittern*, S. 251-288.

der Verbündete Bulgarien zusammengebrochen war, gestand Ludendorff die Niederlage ein und forderte von der politischen Führung einen sofortigen Waffenstillstand und die immer noch ausstehende Parlamentarisierung des Reiches. Dieser Schritt ist von der Forschung als verhängnisvoll eingestuft worden. Zum einen hatte die OHL Politik und Öffentlichkeit über die reale strategische Lage im Unklaren gelassen, so dass das plötzliche Eingeständnis der Niederlage einen Schockzustand bewirkte. Die Abkopplung des Militärsystems von der Politik wird an der Ahnungslosigkeit im Politiksystem über die reale militärische Lage schlaglichtartig deutlich. Der immer noch vorhandene Optimismus in Regierung, Parlament und Öffentlichkeit brach abrupt zusammen. Zum anderen wurden die politischen Folgen der Niederlage nun auf das sich reformierende politische System abgewälzt, für die Traumata der Niederlage wurde die Politik verantwortlich gemacht. Systemtheoretisch gesehen, kann dieser Verlauf des Kriegsendes jedoch nicht überraschen. Luhmanns Innovation beim Transfer des Begriffs der Autopoiesis, die ursprünglich die biologische Selbstorganisation bezeichnete, in das soziale System bestand in der Herausarbeitung des Ereignischarakters der sozialen Systeme. Diese sind nicht von Dauer, wenn die systemeigenen Operationen aufhören, hört das System auf zu existieren. Nun wurde die deutsche Armee bekanntlich keinesfalls schlagartig demobilisiert, mit der Niederlage und dem Waffenstillstand ist aber die Autopoiesis des Militärsystems unterbrochen worden. Und trotz der Machtfülle der OHL war das Militärsystem eben kein Ort für die politische Willensbildung und Entscheidung. Dies wäre es nur zum Preis einer Militärdiktatur gewesen, das heißt einer Entdifferenzierung der Gesellschaft, wofür es in der Tat Ansätze, aber eben nur Ansätze gegeben hat. Das Politiksystem war somit der einzige Ort, wo die Niederlage bewältigt und der Friedensschluss verhandelt werden konnte. Die Problematik bestand nun aber darin, dass – wie so oft – die gesellschaftlichen Vorstellungen über und die Erwartungen an die Politik überzogen waren. Die Operationen des Militärsystems, also die Niederlage, tauchten als Dolchstoßlegende im Politiksystem auf. Aber weder das Politiksystem allein noch die militärischen Operationen allein entscheiden in modernen Kriegen über den Erfolg des Krieges oder über die Art der Verarbeitung der Kriegsfolgen. Der Krieg ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, das in allen Teilsystemen der Gesellschaft Resonanzen auslöst. Die unerwartet lange, ursächlich im Militärsystem begründete Kriegsdauer im Ersten Weltkrieg verstärkte diese Auswirkungen noch. Der Krieg tangierte alle Funktionssysteme, die ihn nach ihren Regeln und Programmen verarbeiteten. Die Auswirkungen auf das Militär-, Politik- und Wirtschaftssystem sind evident. Auch vom Wissenschaftssystem erwartete das Militärsystem erhebliche Leistungen. Das gilt unmittelbar für die auf die Waffentechnik bezogene Forschung, aber auch darüber hinaus. Das Haber-Bosch-Verfahren zur Gewinnung von Stickstoff

und Salpetersäure entlastete im Ersten Weltkrieg die Munitionsproduktion von Importen, und die synthetische Zellulose kompensierte den Ausfall des Baumwolleimportes.<sup>49</sup> Aber auch in der Religion, den Geisteswissenschaften, der Kunst und dem Erziehungssystem wurde der Krieg verarbeitet, wie die Fülle an Kriegspredigten, Kriegsbüchern und Pamphleten, Gedichten und Werken der bildenden Kunst sowie ein Blick in pädagogische Zeitschriften zeigt.<sup>50</sup>

Die auch im Ersten Weltkrieg im Deutschen Reich zu beobachtende Polykratie hatte ihre Ursache darin, dass der Krieg alle gesellschaftlichen Funktionssysteme irritierte, diese sich aber in unterschiedlichem Maße irritieren ließen. Zudem gab es kein einheitliches Steuerungszentrum, welches eine totale Mobilisierung aller gesellschaftlichen Ressourcen hätte steuern können. Auf einen totalen Krieg waren die sozialen Systeme nicht vorbereitet, sie konnten darauf nicht eingestellt werden, der „Generalstab besaß auch gar nicht den Einfluß, um die notwendigen Vorbereitungen durchzusetzen.“<sup>51</sup> Was für die ökologische Problemstellung unserer Tage gilt, trifft auch auf die Herausforderung des tendenziell totalen Krieges zu: Die Beobachtung der Bedrohung geht fehl, indem sie einem Funktionssystem die Lösungskompetenz zuweist, wo doch alle Systeme betroffen sind.<sup>52</sup> Die seit Gambetta bestehende Horrorvision des alten Moltke eines enthegten Volkskrieges ist die vor einer abnehmenden Beherrschung des Krieges durch das Militär. Das von Clausewitz herrührende Ideal der schnell herbeigeführten Vernichtungsschlacht bei begrenzten Zielen, die Zusammenziehung der Kräfte in einem Punkt, wird im ausufernden Volkskrieg obsolet. Warum führte aber das Militärsystem nach diesen Erfahrungen des Frankreichkrieges von 1870/71 und dem vorhersehbaren Scheitern des Schlieffenplans nach dem Scheitern an der Marne den Krieg mit verstärkter Krafteranstrengung weiter? Ja man kann fragen, warum ließ man sich überhaupt auf den mit so vielen Unwägbarkeiten, mit so vielen „wenn“ und „vielleicht“ versehenen Plan eigentlich ein? Auf diese Fragen haben Generationen von Forschern mit moralischen Verdikten wie „verbrecherische Unverantwortlichkeit“<sup>53</sup> oder einem Irrationalitätsvorwurf an die Adresse des Militärs geantwortet. Letztlich wird damit ein Forschungsproblem in die moralische Sphäre eskamotiert und nicht im Wissenschaftssystem selbst beantwortet. Im Rahmen dieser Beobachtung zweiter Ordnung fällt auf,

49 Vgl. Chickering, *Das Deutsche Reich*, S. 52.

50 Die neuesten Studien dazu sind Krumeich/Lehmann, „*Gott mit uns*“; Hoeres, *Krieg der Philosophen*; Mommsen, *Kultur und Krieg*; Schneider/Schumann, „*Krieg der Geister*“.

51 Förster, „Generalstab“, S. 93.

52 Vgl. Luhmann, *Ökologische Kommunikation*. Letztlich versagte auch im Dritten Reich die Politik vor der Aufgabe, die Gesellschaft auf den totalen Krieg einzustellen. Dieser Sachverhalt steigert die Komplexität der Debatte um eine Restratifizierung der Gesellschaft in der deutschen Diktatur.

53 Förster, „Generalstab“, S. 94.

dass das Wissenschaftssystem an dieser Stelle aufhört, sich zu reproduzieren. Oder wie Thomas Mergel es jüngst überpointiert festgestellt hat: „Zivilistenmoral hilft nicht weiter, um kriegerische Rationalität zu verstehen“<sup>54</sup>. Wenn Militär und Kriegführung nicht mehr instrumentell zu denken sind, dann muss die systemspezifische Rationalität untersucht werden. „Was aus globaler (zum Beispiel humanistischer) Sicht irrational ist, kann aus systemischer Sicht durchaus rational sein.“<sup>55</sup> Unter Krisenbedingungen stehen soziale Systeme vor der Alternative, ihren Code umzubauen, aufzuhören oder weiterzumachen. Systeme, die auf einem ausgebauten Code beruhen, tendieren aber immer dazu, so weit wie möglich ihren Funktionsmodus aufrechtzuerhalten. Und noch eine weitere systemtheoretisch inspirierte Überlegung könnte hier weiterhelfen. Eindeutige Verantwortungszuschreibungen, wie sie gerade in der Militärgeschichtsschreibung fest verankert sind, setzen beim isolierten Individuum mittels einer eindeutig konstruierten Kausalzuschreibung an. Die Systemtheorie destruiert diese Kausalketten und setzt an ihre Stelle die Kommunikationsnetzwerke der Systeme. Stefan Kaufmann hat am Beispiel der Michael-Offensive demonstriert, dass diese genauso gut wie auf Ludendorffs Ideen, bei der die traditionelle hermeneutisch verfahrenende Operationsgeschichte ansetzt, auf die Erfindung des Telefons zurückgeführt werden kann. Das Telefon als spezifisches Medium der Militärkommunikation fungiert dabei nicht als ein bloßes Instrument des Führungshandelns: „Technische Dinge – zumindest im Umfeld hoch technisierter Wirklichkeiten – sind keine neutralen Bedingungen, sie wirken als Struktur im doppelten Sinne: als Begrenzung und als Bedingung der Möglichkeit von Denken und Handeln, das sie einschränken, affizieren, prägen und in seiner spezifischen Form erst hervorbringen.“<sup>56</sup> Einer Untersuchung eines solchen Bedingungsgefüges würde es gelingen, die bloße Akteursperspektive zu überwinden und mit der Erklärung der scheinbar unaufhaltsamen Autopoiesis des Militärsystems weiterzukommen.

### III.

Die hier geworfenen systemtheoretischen Schlaglichter auf den Ersten Weltkrieg sind versuchsweise Annäherungen an eine systemtheoretische Terra incognita. Denn für die Adaption der systemtheoretischen Perspektive für die Militärgeschichte scheint beinahe alles zu fehlen: die Arbeit am Begriff, die Klärung der

54 Mergel, „Politikbegriffe“, Zitat S. 156.

55 Ebd., S. 155.

56 Kaufmann, „Kriegführung“, Zitat S. 348.

möglichen Operationalisierung, die Demonstration empirischer Verwendbarkeit. Allerdings stehen die systemtheoretischen Grundlagen, die grundlegende Theorie des Gesellschaftssystems und die Theorien einzelner Funktionssysteme zur Verfügung. Entgegen der von Luhmann präferierten Methode der Arbeit am Begriff kann angesichts dieser Voraussetzungen eine Klärung des militärischen Funktionssystems in einer zirkulären Operation geschehen, in der Theorie und Empirie sich gegenseitig stützen. Für den Historiker gilt hier im gleichen Maße wie bei der Operationalisierung anderer soziologischer Klassiker wie Marx (etwa im Hinblick auf die Bonapartismustheorie) oder Weber (beispielsweise hinsichtlich der Herrschaftssoziologie), dass damit weder eine Klassiker-Exegese betrieben werden kann, noch der Versuch der Etablierung einer neuen, alles beherrschenden Großtheorie in der Geschichtswissenschaft unternommen werden sollte, ein Versuch, dessen Scheitern die Erfahrung mit vorangegangenen Beispielen nahe legen würde. Die neue Kulturgeschichte zeichnet sich zudem gegenüber der tradierten Sozialgeschichte auch gerade durch ihren Methodenpluralismus aus. Vielmehr geht es bei der Anwendung der Systemtheorie auf historische Gegenstände um tentative Erklärungshypothesen, die Bewegung in erstarrte Forschungsfronten bringen könnte. Zugleich kann ein systemtheoretischer Zugriff auf die Militärgeschichte dazu beitragen, deren Gegenstand nicht zu entgrenzen – eine Versuchung der neuen Kulturgeschichte generell – sondern zu determinieren, in dem er die spezifische Funktionsweise des Militärsystems von der anderer sozialer Systeme differenziert.

Inhaltlich trägt allein schon die Frage nach der operativen Schließung des Militärsystems zur Erhellung klassischer historischer Fragestellungen wie der nach dem Primat der Politik bei. Weiter führende Fragen wie nach dem beim Militärsystem besonders auffällig werdenden symbiotischen Mechanismus<sup>57</sup>, also der Symbolisierung von Körperlichkeit, schließen sich nahtlos an. Erhärtert sich dabei die Möglichkeit der operativen Schließung des Militärsystems, so hat das nicht nur für das historische Verständnis Konsequenzen. So wird das Vertrauen in die politische Planbarkeit von Kriegen erheblich erschüttert. Zudem wird die Primatsrhetorik der Politik unterminiert und die politischen Ambitionen des Militärs werfen auch für die Systemtheorie neue Fragen hinsichtlich der Grenze des Politiksystems auf. Zwar kommt auch in einer funktional differenzierten Gesellschaft der Politik die Entscheidung über Krieg und Frieden zu, da ihr eben die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen zufällt. Die Möglichkeit der politischen Steuerung des Militärs im Krieg sollte man jedoch mit Skepsis betrachten. Denn die Politik kann das Militär behindern, ermutigen, es zurückrufen, das alles hindert das Militär jedoch nicht daran, nach seiner Eigenlogik die Irritationen der Politik zu verarbeiten und sich autopoietisch zu verhalten.

57 Vgl. dazu anregend Fuchs, „Kein Anschluß“, S. 227-230.

ten, sich selbst aus seinen Elementen zu reproduzieren. Umgekehrt kann auch das Militärsystem nicht politische und ökonomische Leistungen produzieren, es bleibt auf andere Teilsysteme angewiesen. Das durch den Krieg erreichte Komplexitätsniveau des Militärs ist nicht unbegrenzt steigerbar, durch die Ausdifferenzierung in Militär- und Politiksystem kann die Komplexität reduziert und erhalten werden. Das allgegenwärtige Diktum von Clausewitz über den Krieg als „Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln“ bedarf in der Perspektive der Systemtheorie einer Modifikation: Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, insofern die Politik die Entscheidung über seinen Anfang trifft; die Mittel des Krieges, das heißt die militärimmanenten Operation, schließen jedoch die Grenze zur Politik – Die Rekursivität wird nun innerhalb des Militärsystems hergestellt, denn für „ein Funktionssystem, das [...] in der Gesellschaft operative Schließung und autopoietische Autonomie erreicht, werden externe Festlegungen der internen Operationen gekappt“<sup>58</sup>. Damit würde dann aber nicht mehr das instrumentelle Verhältnis gelten, wie es sich Clausewitz noch vorgestellt hat: „So macht also die Politik aus dem alles überwältigenden Element des Krieges ein bloßes Instrument“<sup>59</sup>. Die politische Instrumentalisierung des Krieges würde auf einer Täuschung über die Funktionsweise des Militärsystems beruhen. Auch auf diesem Feld bricht die systemtheoretische Perspektive mit alten Einsichten und Denkgewohnheiten.

## Literatur

- Afflerbach, Holger (1994), *Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich*, München.
- Baraldi, Claudio u.a. (1998), *GLU. Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*, 2. Aufl., Frankfurt/M.
- Becker, Frank (2001), *Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864-1913*, München.
- Ders. (2001), „Kriegserfahrung in der Ära der Einigungskriege aus systemtheoretischer Perspektive“, in: Nikolaus Buschmann/Horst Carl (Hg.), *Die Erfahrung des Krieges. Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven von der Französischen Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg*, Paderborn u. a., S. 147-172.
- Boldt, Hans (1990), *Deutsche Verfassungsgeschichte. Politische Strukturen und ihr Wandel*, Bd. 2: *Von 1806 bis zur Gegenwart*, München.
- Chickering, Roger (2000), „Militärsgeschichte als Totalgeschichte im Zeitalter des totalen Krieges“, in: Thomas Kühne/Benjamin Ziemann (Hg.), *Was ist Militärsgeschichte?*, Paderborn u.a., S. 301-312.

58 Luhmann, *Politik der Gesellschaft*, S. 118f.

59 Die Clausewitz-Zitate stammen aus Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 44 und S. 684.

- Ders. (2002), *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, aus dem Amerikanischen von Simone Ameskamp, München.
- Clausewitz, Carl von (1999), *Vom Kriege. Hinterlassenes Werk*, 2. Aufl., Berlin.
- Förster, Stig (1995), „Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871-1914. Metakritik eines Mythos“, *Militärsgeschichtliche Mitteilungen*, Bd. 54, S. 61-95.
- Fuchs, Peter (2002), „Kein Anschluß unter dieser Nummer oder: Terror ist wirklich blindwütig“, in: Dirk Baecker u.a. (Hg.), *Terror im System. Der 11. September 2001 und die Folgen*, Heidelberg, S. 223-238.
- Groß, Gerhard P. (2002), „Das Dogma der Beweglichkeit. Überlegungen zur Genese der deutschen Heerestaktik im Zeitalter der Weltkriege“, in: Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Erster Weltkrieg. Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg – Kriegserlebnis – Kriegserfahrung in Deutschland 1914-1945*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Paderborn u. a., S. 143-166.
- Hellmann, Kai-Uwe/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.) (2002), *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*, Frankfurt/M.
- Ders. u.a. (Hg.) (2003), *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*, Wiesbaden.
- Hoeres, Peter (2004), *Krieg der Philosophen. Die deutsche und britische Philosophie im Ersten Weltkrieg*, Paderborn u.a.
- Holme, Terence M. (2002), „Der ‚Krieg gegen Frankreich‘ 1905. Ansätze zu einer Neubewertung des Schlieffenplans“, in: *Arbeitskreis Militärsgeschichte e. V. newsletter* 18, S. 6-10.
- Jünger, Ernst (1997), *In Stahlgewittern*, 38. Aufl., Stuttgart.
- Kaufmann, Stefan (2002), „Kriegführung im Zeitalter technischer Systeme – Zur Maschinisierung militärischer Operationen im Ersten Weltkrieg“, *Militärsgeschichtliche Zeitschrift*, Jg. 61, S. 337-367.
- Kershaw, Ian (2002), *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, 3. Aufl., Reinbek bei Hamburg.
- Kohlrausch, Martin (2001), „Die Flucht des Kaisers – Doppeltes Scheitern adlig-bürgerlicher Monarchiekonzepte“, in: Heinz Reif (Hg.), *Adel und Bürgertum in Deutschland II. Entwicklungslinien und Wendepunkte im 20. Jahrhundert*, Berlin, S. 65-101.
- Krause, Detlef (1996), *Luhmann-Lexikon. Eine Einführung in das Gesamtwerk von Niklas Luhmann mit 25 Abbildungen und über 400 Stichworten*, Stuttgart.
- Krumeich, Gerd/Lehmann, Hartmut (Hg.) (2000), „Gott mit uns“. *Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Göttingen.
- Krumeich, Gerd (2001), „Der Mensch als ‚Material‘. Verdun, 21. Februar bis 9. September 1916“, in: Stig Förster u.a. (Hg.), *Schlachten der Weltgeschichte. Von Salamis bis Sinai*, 2. Aufl., München, S. 295-305.
- Kühne, Thomas/Ziemann, Benjamin (Hg.) (2000), *Was ist Militärsgeschichte?*, Paderborn u.a.
- Leistenschneider, Stephan (2002), *Auftragstaktik im preußisch-deutschen Heer 1871 bis 1914*, Hamburg.
- Linnenkohl, Hans (1990), *Vom Einzelschuß zur Feuerwalze. Der Wettlauf zwischen Technik und Taktik im Ersten Weltkrieg*, Koblenz.
- Luhmann, Niklas (1990), *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, 3. Aufl., Opladen.
- Ders. (1990), *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- Ders. (1996), *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, 2. Aufl., Frankfurt/M.
- Ders. (1998), *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M. (zuerst 1997).
- Ders. (2000), *Die Politik der Gesellschaft*, hg. von André Kieserling, Frankfurt/M.

- Mergel, Thomas (2000), „Politikbegriffe in der Militärgeschichte. Einige Beobachtungen und ein Vorschlag“, in: Thomas Kühne/Benjamin Ziemann (Hg.), *Was ist Militärgeschichte?*, Paderborn u.a., S. 141-156.
- Mollin, Gerhard Th. (2000), „Das deutsche Militär und die europäische Politik vor 1914: Vorrang der Außenpolitik oder Primat des internationalen Systems?“, in: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München, S. 209-245.
- Mommsen, Wolfgang J. (Hg.) (1996), *Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, München.
- Münkler, Herfried (2002), „Kann Bush noch ein Held des Rückzugs werden? Die Geschichte lehrt: Die Heimholung der amerikanischen Truppen wäre eine Niederlage“, *F.A.Z.* Nr. 50 vom 28. 2. 2002, S. 37.
- Nipperdey, Thomas (1995), *Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie*, 3. Aufl., München.
- Pröve, Ralf (Hg.) (1997), *Klio in Uniform? Probleme und Perspektiven einer modernen Militärgeschichte der frühen Neuzeit*, Köln u.a.
- Reese-Schäfer, Walter (2000), *Politische Theorie heute. Neue Tendenzen und Entwicklungen*, München/Wien.
- Roth, Regina (1999), *Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerelemente*, Berlin.
- Salewski, Michael (2001), „Preußischer Militarismus – Realität oder Mythos?“, *Zeitschrift für Religions und Geistesgeschichte*, Bd. 53/1, S. 19-34.
- Ders. (2003), *Der Erste Weltkrieg*, Paderborn u.a.
- Schmid, Michael (2003), *Der „Eiserne Kanzler“ und die Generäle. Deutsche Rüstungspolitik in der Ära Bismarck (1871-1890)*, Paderborn u.a.
- Schneider, Uwe/Schumann, Andreas (Hg.) (2000), *„Krieg der Geister“. Erster Weltkrieg und literarische Moderne*, Würzburg.
- Schröder, Hans-Jürgen (1994), „Demokratie und Hegemonie. Wilsons Konzept einer Neuen Weltordnung“, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes*, München, S. 167f.
- Showalter, Dennis E. (2000), „Mass Warfare and the Impact of Technology“, in: Roger Chickering/Stig Förster (Hg.), *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914-1918*, Washington D.C., Cambridge, S. 73-93.
- Wehler, Hans-Ulrich (1995), *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der ‚Deutschen Doppelrevolution‘ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849-1914*, München.
- Werth, Christoph (1996), *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*, Opladen, S. 67-96.
- Zuber, Terence (2002), *Inventing the Schlieffen Plan. German War Planning, 1871-1914*, Oxford u.a.

## Autorenverzeichnis

Arlinghaus, Franz-Josef, Dr. phil., Studium der Geschichte, Romanistik, Pädagogik und Wirtschaftspolitik in Münster, Promotion 1997; 1991-1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im SFB 231 „Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter“ an der Universität Münster; seit 2001 Mitarbeiter im DFG-Projekt „Die Gerichtsbarkeit in der spätmittelalterlichen Stadt“ an der Universität Kassel. Arbeitsschwerpunkte: Pragmatischer und symbolischer Gebrauch von Schrift in Italien und Deutschland, Nutzung neuer Medien für die Aufbereitung historischer Forschungsergebnisse.

Becker, Frank, Dr. phil., Studium der Geschichte, Germanistik, Philosophie und Pädagogik in Münster, Promotion 1992; 1993/94 Postdoktoranden-Stipendium der DFG, seit 1995 Assistent und Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster. Habilitation 1998. Zurzeit Professurvertretung in Münster. Arbeitsschwerpunkte: Politische Kultur der Weimarer Republik, Kriegsbild und Militarismus im 19. Jahrhundert, Geschichtstheorie, Rassenpolitik in den Kolonien des Deutschen Kaiserreichs.

Buskotte, Frank, M.A., Studium der Geschichte, Soziologie und Katholischen Theologie in Osnabrück; dort seit 2000 Doktorand im Fach Neuere und Neueste Geschichte; Tätigkeit als Bildungsreferent an der Akademie Franz Hitze Haus in Münster, seit 2003 Pädagogischer Leiter bei der Katholischen Erwachsenenbildung Osnabrück. Arbeitsschwerpunkt: Geschichtstheorie.

Frie, Ewald, Dr. phil., Studium der Geschichte und Katholischen Theologie in Münster, Promotion 1992; 1993-1995 Wissenschaftlicher Referent am Wissenschaftszentrum NRW in Düsseldorf; 1995-2001 Assistent an der GH-Universität Essen, seither dort Hochschuldozent. Habilitation 2001. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Sozialpolitik, Kirche und Gesellschaft in der DDR, preußischer Adel in der Reformzeit, Deutsches Kaiserreich.

Campus Historische Studien  
Band 37

Herausgegeben von Rebekka Habermas, Heinz-Gerhard Haupt,  
Frank Rexroth, Michael Wildt und Aloys Winterling

Wissenschaftlicher Beirat  
Ludolf Kuchenbuch, Jochen Martin, Heide Wunder

*Frank Becker* ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Münster. Mit Elke Reinhardt-Becker veröffentlichte er 2001 bei Campus den Band *Systemtheorie – Eine Einführung für die Geschichts- und Kulturwissenschaften*.

Frank Becker (Hg.)

---

# Geschichte und Systemtheorie

Exemplarische Fallstudien

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

# Inhalt

<i>Frank Becker</i> Einleitung: Geschichte und Systemtheorie – ein Annäherungsversuch .....	7
<i>Rainer Walz</i> Theorien sozialer Evolution und Geschichte .....	29
<i>Frank Buskotte</i> Der Stellenwert von Zeit, Gedächtnis und Geschichtswissenschaft in der Systemtheorie .....	76
<i>Franz-Josef Arlinghaus</i> Mittelalterliche Rituale in systemtheoretischer Perspektive. Übergangsrite als basale Kommunikationsform in einer stratifikatorisch-segmentären Gesellschaft .....	108
<i>Michael Sikora</i> Formen des Politischen. Der frühmoderne deutsche Reichstag in systemtheoretischer Perspektive .....	157
<i>Rudolf Schlögl</i> Der frühneuzeitliche Hof als Kommunikationsraum. Interaktionstheoretische Perspektiven der Forschung .....	185
<i>Ewald Frie</i> Vom Umgang mit dem Unwahrscheinlichen. Brandenburgischer Adel, preußische Reformen und deutsche Historiographie .....	226
<i>Elke Reinhardt-Becker</i> Liebe als Roman? Skizzen zu ihrer Semantikgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert .....	246

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.  
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
ISBN 3-593-37587-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.  
Copyright © 2004 Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main  
Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln  
Druck und Bindung: PRISMA Verlagsdruckerei GmbH  
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.  
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: [www.campus.de](http://www.campus.de)